

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Auf dem Wege zur Besserung?

Der Bundesrat hat die Höchstpreise für Roggen und Weizen nicht erhöht. Er hat nur die vielen Preisunterschiede zwischen den einzelnen Bezirken beseitigt, so daß wir anstatt 38 nur noch vier Preisbezirke behalten. Einige dieser Bezirke haben eine Erhöhung um 3-6 % pro Tonne, andere eine Ermäßigung um 1-7 % erfahren. Dadurch, daß die Hauptgetreidebaugenden eine Erhöhung erfahren haben, mag immerhin der bisherige Durchschnittspreis um einen geringen Satz überschritten sein. Die von den Produzenten geforderte und vom preussischen Landwirtschaftsministerium nachdrücklich unterstützte Erhöhung der Brotgetreidepreise ist also ergebnislos geblieben. Das muß man anerkennen: Kein Stand hat in den verschiedenen Ministerien Preussens eine so entschiedene und erfolgreiche Vertretung, wie die Landwirtschaft im preussischen Landwirtschaftsministerium. Erreichte es diesmal sein Ziel in dieser einen, der Brotgetreidefrage, nicht, so deshalb, weil die Empörung über die maßlose Verteuerung der Lebensmittel einen solchen Grad erreicht hat, daß die übrigen mitentscheidenden Instanzen es wagten, ihm entgegenzutreten.

In der offiziellen Erläuterung der Brotgetreidehöchstpreise wird behauptet, diese bildeten für die Landwirtschaft ohne Zweifel eine große Entlastung. Wenn man das auf den Appetit beziehen wollte, der beim Essen gekommen ist, dann könnten wir daran glauben. Aber daß der heutige Roggen- und Weizenpreis die gestiegenen Produktionskosten nicht decken soll, davon kann uns niemand überzeugen. Selbst wenn das nicht der Fall wäre, bestünde doch kein Anspruch auf einen höheren Preis. Wir haben im vorigen Jahr bereits ohne jeden Grund die erhöhten Lasten für die verteuerten landwirtschaftlichen Produkte auf uns nehmen müssen. Das mag die Landwirtschaft als einen Vorschuss betrachten, wenn sie solchen überhaupt benötigt. Wir betonen jedoch noch einmal, daß wir daran nicht glauben.

Wenn es in einer Entschließung der Landwirtschaftskammer für Westfalen heißt, es „müßte bedauert werden, wenn in weiten Kreisen der städtischen Bevölkerung das Gefühl von der Bedeutung unserer Landwirtschaft verloren gehen, und durch Veröffentlichungen, welche in Verleumdung der Tatsachen der deutschen Landwirtschaft einen „Lebensmittelwucher“ vorwerfen, eine Luft zwischen Stadt und Land geschaffen wird, deren Vertiefung unübersehbare Folgen nach sich ziehen könnte“, dann denken wir an die Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise im verfloßenen Winter und an die Rolle, die die Budgetkommission des preussischen Landtages dabei gespielt hat. Das war allerdings geeignet, eine tiefe Luft zwischen Stadt und Land zu schaffen, und wir sind überzeugt, daß gerade diese Tatsache allein eine Erbitterung geschaffen hat, die noch lange über den Krieg hinaus ihre Wirkung tun wird. Die landwirtschaftlichen Produktionskosten werden aber doch auch nicht allein von den Brotgetreidepreisen gedeckt, sondern alle übrigen Erzeugnisse treten doch hinzu. Wir erinnern an die enorm gestiegenen Preise für Hülsenfrüchte, für Eier, Fleisch usw. Vom ersten bis zum letzten Artikel hat die konsumierende Bevölkerung erhöhte Preise zu zahlen. Sie nimmt das auf sich, soweit es berechtigt erscheint und erträglich ist. Heute ist diese Grenze auf der ganzen Linie überschritten. Verständnis haben wir dafür in führenden landwirtschaftlichen Kreisen nur wenig beobachten können. Wie wäre es auch sonst möglich gewesen, eine Erhöhung der Brotgetreidepreise zu fordern. Uns ist die Bedeutung der Landwirtschaft in vollem Umfange bekannt, und wir sind immer für ihre Erstarke und Fortentwicklung eingetreten. Wir bebauern es um so mehr, jetzt diese Haltung einnehmen zu müssen, und zwar weil wir einen zu offensichtlichen Mangel an Gemeinfinn innerhalb der Landwirtschaft beobachten und dafür eine immer schärfer zutage tretende Strömung, die Zeit auszunutzen.

Der Bundesrat hat sich genötigt gesehen, eine Verordnung zu erlassen, die der Lebensmittelverteuerung entgegenwirken soll. Im ersten Teil der Verordnung

ist die Enteignung für Lebensmittel vorgesehen, die vom Besitzer zu irgendwelchen Spekulationszwecken zurückgehalten werden. Im zweiten Teil folgen die Strafvorschriften mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder 10 000 M Geldstrafe, wer einen übermäßig hohen Gewinn aus dem Verkauf von Lebensmitteln erstrebt und dies durch allerhand Manipulationen, wie künstliche Zurückhaltung, Vernichtung, durch Verabredungen mit anderen usw. zu erreichen versucht. Dabei kann auch auf Einziehung der Vorräte und die Veröffentlichung der Verurteilung in der Tagespresse erkannt werden. Ähnliche Verordnungen sind von bayerischen und anderen Generalgouvernements erlassen worden. Sollen diese praktische Wirkung ausüben, dann müssen die Konsumenten auf den Plan treten, insbesondere ihre Organisationen. Wo kein Kläger ist, ist kein Richter, und zahlen die Verbraucher ruhig jeden geforderten Preis, dann allerdings wird die Verordnung nur ein schwarzer Fleck auf weißem Papier bleiben. Wir sollen ohne Rücksicht jede uns zu hoch erscheinende Forderung der Behörde zur Anzeige bringen, damit die Strafverfolgung einsetzt. Das nämlich muß aber auch mit den uns zu Gehör kommenden Spekulationsmandaten geschehen. Wir müssen uns nach den geheimen Lögern umsehen, wo die Waren aufgestapelt werden, um durch künstlich erzeugte Knappheit die Preise in die Höhe zu drücken. Die örtlichen Kriegsaussschüsse für Konsumenteninteressen haben hier eine große Aufgabe zu lösen.

Diese Bundesratsverordnung ist ein Ausfluß der Erbitterung der breiten Volksmassen über die nicht zu rechtfertigende Verteuerung der Lebensmittel. Geradezu mit elementarer Gewalt kam dies in der Tagespresse zum Ausdruck. Seit Kriegsausbruch haben wir dies mit solcher Intensität nicht erlebt. Man empfindet instinktiv, daß wir an der Höchstbelastungsgrenze angelangt sind. Ob die Verordnung wirklich brauchbar ist, muß die Praxis, die Rechtsprechung der Richter, zeigen. Was ein übermäßiger Gewinn ist, darüber kann man gewiß verschiedener Meinung sein. Und daher werden auch abweichende Urteile eintreten. Maßgebend muß sein, daß ein mäßiger Gewinn genügen muß in einer Zeit, wo Millionen in ihrer Existenz herabgedrückt und in ihrer Lage erheblich verschlechtert dastehen. Bildet das die Richtschnur bei der richterlichen Praxis, dann kann aus der Verordnung das werden, zu dem sie dienen soll. Wir brauchen Warnungstafeln, damit der überspannte Bogen wieder in sein normales Verhältnis gebracht wird. Das erfordert die Notlage der minderbemittelten Bevölkerung und das Allgemeinwohl.

## Sozialpolitik und Krieg

„Im Krieg ist selbst das Letzte nicht der Krieg“, heißt es in Schillers Pyllosomini. Das trifft auch auf die sozialpolitischen Verhältnisse zu; sie mußten in den Kriegsstürmen ihre Probe bestehen, und diese Prüfung ist gut ausgefallen. Bei näherer Betrachtung wird sich zeigen, daß unsere sorgsam gehegte und verständnisvoll gepflegte Sozialpolitik für die Kriegstüchtigkeit und Widerstandsfähigkeit unseres Volkes Hervorragendes geleistet hat. Gerüstet und „erzberet“ standen wir sofort auf dem Posten gegen die täglich wachsende Menge von Feinden. In den Fragen der Sozialpolitik hatten wir uns ebenfalls bald in die neuen Verhältnisse hineingefunden. Auf den glücklichen Ausgang des Krieges wird die soziale Kriegstätigkeit einen großen Einfluß ausüben. Hat man doch schon oft genug von berufener Seite hören können, daß der endgültige Sieg den besten Nerven zufallen müsse. Gesunde Nerven im einzelnen und im Staatskörper zu schaffen und zu erhalten, das war aber schon immer das Ziel unserer Sozialpolitik. Die Siegeszuversicht des deutschen Volkes ist kein leerer Wahn, kein mit dem Winde zerfliegendes Gebilde. Sie hat ihren Grund in den guten Nerven, dem zuversichtlichen Sinn, dem Bewußtsein von Deutschlands Einheit, Kraft und Stärke. Gerade der jetzige Krieg lehrt, daß unsere weitausschauende

soziale Fürsorge ihre Früchte getragen hat, die besseren Nerven haben wir wesentlich mit durch die sozialen Einrichtungen geschaffen. Kurz vor dem Krieg gab es zwar Leute, die glaubten, es müsse in der Sozialpolitik halt gemacht werden, heute aber wagen sich diese Mäuser des Allzuviels kaum hervor. Durch die soziale Fürsorge ist ein gesünderes, tüchtigeres, leistungsfähigeres Volkseer herangebildet worden.

Für den Kenner unserer Verhältnisse und unserer Sozialpolitik war das gar nicht anders denkbar. Für ihn stand es fest: Die Volksmassen, die den Kern unserer Herrschaft ausmachen, sind entgegen allen Befürchtungen durch zahlreiche Einrichtungen einer vernünftigen, zielbewußten Sozialpolitik eben nicht verweichlicht und der zum Siegen notwendigen Kampfesbegeisterung entfremdet worden. Vielmehr war gerade dadurch ihre Kraft sorgfältig erhalten, genährt und gestählt, um den übermenschlichen Anstrengungen des neuzeitlichen Krieges vollumfänglich gewachsen zu sein. Das Hauptziel der Sozialpolitik besteht ja eben darin, vorbeugend zu wirken, nicht erst im Kampf ums Dasein die Kraft verfallen zu lassen, sondern jeder Schwächung und Zerrüttung der Gesellschaft und ihrer Glieder zuvorzukommen. Zudem will sie auch nicht in die Pflegenesteln zu einem üppigen Leben antreten, sondern sie zu einer vernünftigeren Lebensweise und Arbeitsfähigkeit erziehen. Das Endziel der Sozialpolitik ist die Menschenökonomie, das vernünftige und haus-hälterische Umgehen mit dem Menschen und seiner Arbeitskraft. Die Arbeitskraft soll nicht vorzeitig verbraucht werden; gesunde und kräftige Menschen sollen einen gesunden Nachwuchs schaffen und heranbilden.

Bei gerechter Durchführung des Grundgedes der allgemeinen Gleichberechtigung ergab sich die Fürsorge für alle abhängigen Volksgenossen eigentlich von selbst. Neben die Agrar- und Handelsgesetze zum Schutze ihrer Erzeugnisse mußten notwendigerweise auch die sozialen Gesetze für die arbeitende Klasse treten. Das war und ist nicht mehr als eine Pflicht der ausgleichenden Gerechtigkeit. Daß auch die beste Einrichtung hin und wieder einmal mißbraucht wird, ist durchaus menschlich. Aus solchen gelegentlichen Mißbräuchen darf man aber nicht schließen, daß die Sache an sich verfehlt sei. Einige haben unseren sozialen Gesetzen fälschlicherweise das Todeslied gesungen. Mißbrauch kann doch mit allem und jedem, selbst mit dem Heiligsten getrieben werden; Mißbrauch kommt auf allen Gebieten immer und immer wieder vereinzelt vor. Das beweist aber rein gar nichts gegen die allgemeine Zweckmäßigkeit einer Einrichtung. Aus Einzelfällen darf man nie allgemeine Schlüsse ziehen. Der Vorwurf, daß die sozialen Maßnahmen die Volksmassen für einen Krieg verweichlichten, hat der Krieg wohl selbst entkräftet. Er ist verhasst und an seiner Stelle wird rückhaltlos die Wehrfähigkeit und Opferfreudigkeit unserer Volkshere angefaßt. Die soziale Fürsorge hat sich also glänzend bewährt; sie hat bei Zeiten und mit den rechten Mitteln gearbeitet, um die notwendige Wehrkraft des Vaterlandes auf die Höhe zu bringen und zu erhalten. Schauen wir von diesem hehren Gipfel einmal rückwärts auf das Arbeitsfeld der Sozialpolitik. Wir werden staunen über das, was sie in der kurzen Spanne Zeit vollbracht hat und wie überaus nützlich unser Wirken für ihre Kriegsbereitschaft war.

Es läßt sich allerdings nicht auf das Tipfelchen genau nachweisen, wieviel Leben, wie manches Körperglied allein schon durch die Unfallverhütungsvorschriften erhalten wurde. Jedenfalls aber wäre es eine unübersehbare Zahl.

Ferner müssen gesunde Arbeitsräume, Pflege der Reinlichkeit, einwandfreie Wohnungsverhältnisse, unbedingt einen günstigen Einfluß auf das körperliche und geistige Wohlbefinden ausüben. Und was ist in dieser Hinsicht durch die Sozialpolitik nicht alles geschehen! Die sofortige und sachgemäße Behandlung der Verunglückten, eine richtige Krankenpflege und -unterstützung haben

weiterhin die sozialen Ziele offensichtlich gefördert. Seit der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahre 1885 bis Ende 1912 sind über 5 Milliarden Mark auf die Wiederherstellung der Gesundheit für die Arbeiter verwendet worden. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Dazu wurden fast noch 400 Millionen Mark für Heilverfahren, für Errichtung von Heilstätten und Genußheimen ausgegeben. Man besichtige nur die Muffleranstalt Beelitz bei Berlin und höre von ihren Erfolgen, namentlich in der Bekämpfung der Tuberkulose, der sogenannten Proletariatskrankheit. Ohne Heilbehandlung kann man all diese Einrichtungen einen Jungbrunnen der Gesundheit und Volkskraft nennen. Möchten doch die überreizten Schmäher unserer Sozialpolitik ernstlich erwägen, wie unermesslich viel Not gemildert worden ist. Nichts frißt aber mehr und gieriger am Lebensmark des Volkes als Entbehrung, Sorge und Not. Nicht zuviel ist getan, nicht Halt soll gerufen werden, sondern auf den als richtig erkannten Bahnen soll weitergeschritten werden. Verbessern und Ausbau muß die Lösung sein.

Auch in sittlicher Beziehung hat die Arbeiterwelt durch die ihr zuteil gewordene Pflege und Unterstützung wesentlich gewonnen. Man muß nur der arbeitenden Klasse nicht das Ehrgefühl, den Sinn für Erkenlichkeit einfach absprechen wollen, vielleicht auf Grund einer üblen Erfahrung. Selbst die unter dem Druck der Verhältnisse entstandene Verbitterung hat ihr keineswegs das Herz geraubt. Unter der rauhen Schale sieht immer noch ein edler Kern. Die soziale Fürsorge fördert ihn mehr und mehr ans Tageslicht.

Unter den wichtigsten-Erfolgen unserer sozialpolitischen Gesetzgebung dürfen wir auch nicht den bedeutenden Rückgang der Sterblichkeit vergessen. Ohne auf statistische Einzelheiten hier einzugehen, sei nur festgestellt, daß seit Beginn des Erlasses, der sozialen Schutzvorschriften unsere wehrfähigen Volkskräfte durchschnittlich drei Jahre länger aushalten als vordem. Das bedeutet doch zweifellos einen nicht zu unterschätzenden Gewinn an Arbeitskraft und außerdem einen Jahrgang Soldaten mehr als früher. Welche Werte liegen darin! Können wir sie etwa entbehren, oder sind wir im Gegenteil nicht vielmehr unmittelbar darauf angewiesen? Ich denke, gerade der jetzt tosende Weltkrieg mit den fortgesetzt notwendiger werdenden Einziehungen der älteren und der ungedienten Mannschaften hat uns eine unzweideutige Lehre erteilt. Die gewiß nicht unbedeutenden Kosten der sozialen Maßnahmen sind also schon längst aufgewogen und mehr noch als das.

Im Zusammenhang hiermit verdient noch eine andere Tatsache als Ergebnis der Sozialpolitik gebührend hervorgehoben zu werden; ich meine die uns zur Verfügung stehende Masse und Militärtauglichkeit der industriellen Bevölkerung. Wir führen jetzt einen Volkskrieg im wahren Sinne des Wortes. Dazu gehören aber Menschenmassen, und diese könnte ein Agrarstaat, d. h. ein Staat mit nur landbautreibender Bevölkerung, nicht in der erforderlichen Zahl aufbringen, so brauchbare Menschen die Landwirtschaft auch immer liefern mag. Die Landwirtschaft ist eben an die Scholle gebunden; die Grenzen ihrer Ernährungsmöglichkeit sind ihr mit den Grenzen des anbaufähigen Landes gegeben. In einem Staate dagegen, der ausgiebig Industrie und Handel betreibt, sind die

Arbeits- und Ernährungsmöglichkeiten fast unbegrenzt. Dort wächst die Bevölkerung zusehends. Wird also genügend für den Schutz und die Erhaltung der Lebenskraft gesorgt, so ist damit auch die Frage der notwendig gewordenen Massenheere in glücklichster Weise gelöst. Dank diesem vorteilhaften Zustande in Deutschland war es uns unmöglich, die durch die letzte Wehrevorlage geforderten 150 000 Mann in den zwei Jahren 1913/14 einwandfrei und tadellos aufzustellen. Dabei hat aber auch die Tauglichkeit der deutschen Rekruten gegen früher in erfreulicher Weise zugenommen. Die Forderungen an die Körperbeschaffenheit brauchten bei uns nicht zurückgeschraubt zu werden. Was aber unsere Truppen, Militäre, Reserven, Landwehr und Landsturm, selbst der ungediente, auf Märschen, im Schlachtengetümmel und in den Schützengräben ausgehalten und geleistet haben, das steht uns ja lebhaft und handgreiflich vor der Seele. Mit solchen Soldaten konnte ein Feldherr wie Hindenburg nicht nur siegen, sondern den Krieg bis zur Meige ausnützen. Und von den im Kampfe Verwundeten lehrte verhältnismäßig schnell ein überaus hoher Prozentsatz wieder zur Front zurück, sicherlich infolge der guten und richtigen Behandlung; aber auch vermöge der körperlichen Widerstandsfähigkeit. Für deren Erziehung hatten aber die sozialen Maßnahmen bei guter Zeit Fürsorge getroffen.

Indessen entscheiden heutzutage Massen, selbst gut geführte, allein nicht mehr den Sieg, sonst müßte ja den Ruffen der Siegeslorbeer schon längst unverweigerlich zugefallen sein. Das Gefechtsbild ist in eine Unmasse Einzelkämpfer zerlegt; das in allen Feinheiten entwickelte Kriegswesen stellt hohe Anforderungen auch an die geistige Fröhigkeit jedes einzelnen Kämpfers, die Zeit des wilden Draufgängerturns ist vorbei. Der Soldat muß als brauchbares, lebendiges Werkzeug in der Hand des Führers mitwirken, nicht bloß ein starrer Klotz sein. Auch hierzu hat unsere Sozialpolitik ihr redlich Teil beigetragen durch Förderung des Schulwesens und gründlichen Ausbau der Fortbildungs- und Fachschulen. Deutschland hat ja bekanntlich den weitaus geringsten Prozentsatz von Analphabeten, d. h. von Leuten, die nicht lesen und schreiben können.

Ueberhaupt liegen ja die sozialen Bestrebungen stets darauf hinaus, die ganze Stellung des Arbeiters zu heben. Es wurden höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, somit die Möglichkeit einer besseren Lebensführung durchgesetzt. Durch Einführung der Arbeitsnachweise ist das Schreckgespenst der früher so oft drohenden Arbeitslosigkeit stark zurückgebrängt. Die Gesamtentwicklung der Arbeiterklasse hat nach Aufhebung des Sozialistengesetzes große Fortschritte gemacht, und trotz mancher, noch immer bestehenden Mängel zeigt sich eine großartige Entfaltung auf der ganzen Linie. Das deutsche Gewerkschaftswesen hat ähnliche Organisationen der anderen Länder schon längst überflügelt. Die Konsumgenossenschaften haben nach zähem Kampfe ihre Stellungen nicht nur behauptet, sondern leisten für ihre Mitglieder wirklich Ersprießliches. Dazu sind sie gegen die willkürlichen Preissteigerungen offenbar zu einem unentbehrlichen, ausgleichenden Faktor geworden.

Kurzum, in keinem anderen Lande der Welt ist in den letzten Jahrzehnten neben dem wirtschaftlichen der soziale und geistige Fortschritt des arbeitenden Volkes der-

artig gestiegen, wie in Deutschland. Und wenn bei dem erbitterten Ringen nach weiteren Rechten und Freiheiten diese Tatsache von den Arbeitern und ihren Führern auch nicht offen anerkannt wurde, innerlich lebte und webte doch dieses stolze Bewußtsein. Denn als das im heißen Klassenkampfe oft geschmähte Vaterland seine Ehre rief zum heftigen Kampfe, zur Verteidigung seiner wertvollsten Güter, da erhoben sich alle, alle ohne Ausnahme, wie ein Mann. Die Liebe zur bedrohten Heimat ließ allen Hader zurücktreten, Tausende und aber Tausende aus dem Arbeiterstande eilten als Freiwillige zu den Fahnen. Sie alle wußten, was es zu verteidigen galt, sie rechneten sich nicht zu denen, die nichts zu verlieren haben. Aus Vaterland, aus teurem, schloß man sich wieder in glühendster Begeisterung und todesmutiger Hingebung an. Es lebte wieder die unauslöschliche Ueberzeugung auf, daß dort die starken Wurzeln unserer Kraft, daß wir ohne seinen mächtigen Schutz, ohne seine wirksamen Förderungen nur ein schwaches Rohr sind, das jeder Sturm zerbricht. Und dieser Erfolg, die deutsche Einheit und Einigkeit gegen eine Welt von Feinden, ist nicht letzten Endes ein oder besser gesagt das Ergebnis unserer richtig geleiteten Sozialpolitik und ein funkelnieder Edelstein in ihrer Krone.

### Die Antwort des Arbeitgeberbundes

Wir teilten früher mit, daß die am Tarifvertrag für das Baugewerbe beteiligten Arbeiterorganisationen sich an den Arbeitgeberbund gewandt haben, mit dem Ersuchen, gemeinschaftlich in Erwägung darüber einzutreten, wie der durch die Teuerung verursachten Notlage der Bauarbeiter abzuwehren sei. Wir lassen nachstehend den Schriftwechsel in der Angelegenheit folgen. Am 7. Juni wurde dem Arbeitgeberbund seitens der drei Arbeiterverbände folgendes Schreiben zugesellt:

Hamburg-Berlin, den 7. Juni 1915.

An den Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Berlin,

Als im April 1913 auf Grund von Vorschlägen der Herren Unparteiischen die Löhne für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter vereinbart wurden, konnten die Vertragsparteien sowohl als auch die Unparteiischen nur die derzeitige Lage berücksichtigen. Den damaligen Verhältnissen entsprechend wurde eine mäßige Lohnerhöhung durchgeführt. Von keiner Seite konnte damit gerechnet und beabsichtigt werden, daß wir kaum ein Jahr später in einen so schweren Weltkrieg verwickelt sein würden. Dieser Krieg, der nunmehr so ziemlich ein volles Jahr dauert und dessen Ende noch gar nicht abzusehen ist, hat die wirtschaftlichen Verhältnisse vollständig auf den Kopf gestellt. Eine ganz gewaltige Teuerung, ganz besonders soweit alle Lebensmittel in Frage kommen, ist eingetreten. Daß unter dieser Teuerung in erster Linie die Arbeiter und besonders auch die Maurer, Zimmerer, Bauhilfs- und Betonarbeiter Deutschlands in schwerer Weise zu leiden haben, liegt ohne weiteres klar auf der Hand. Es ist deshalb auch erklärlich, daß das Bestreben der genannten Bauarbeiter dahin geht, von ihren Arbeitgeber eine Teuerungszulage zu erbitten. (Dieses Bestreben zehrt immer größere Kreise, so daß die Unterzeichneten es für notwendig halten, mit dem Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe eine gegenseitige Aussprache

### Feldpostbrief

Antwerpen, den 12. Juli 1915.

Liebe Kollegen!

Endlich finde ich einmal zeitlich günstige Gelegenheit, Euch einiges von unseren Erlebnissen auf der Fahrt nach Belgien, von diesem Land selbst und besonders von Antwerpen, mitzuteilen. Ich bin nämlich seit 8. Juni in revierärztlicher Behandlung und habe dadurch etwas mehr Zeit als sonst. Bekanntlich kam die Einberufung für uns alte, 44-jährige Kavallerielandstürmer ziemlich überraschend. Noch schneller ging der Abtransport ins Feindesland, nach Belgien, vor sich. Zwischen Einberufungsbeleg und Einberufungstag blieben wir drei Tage. Da hier es, sich eilen, um die Familien- und Verbandsangelegenheiten noch schnell zu ordnen. Gott sei Dank fanden sich sofort auch eifrige Kollegen, die den Verbandsapparat meiner Zehnjahresstelle sofort übernahmen, was ich hoffe, daß sie denselben auch ununterbrochen in Ordnung halten werden. Für ihre Bereitwilligkeit sei ihnen nochmals der beste Dank gesagt.

Am 20. April, vormittags 9 Uhr, mußten wir uns in Begleitung des Feldmarschalls, werden unterzucht und schließlich zum Feindesland, was innerhalb zwei Stunden mit Posten zu verfahren. Es wurde uns Morgens, daß unsere Fahrt eine lange sein würde. Wir tranken dann noch in Augsburg die letzte Bayerische Maß. Eindeutlich haben wir unser Lebensgeheimnis noch nicht wieder zu uns haben bekommen. Um 12 Uhr wurden wir zusammengeführt, zum Bahnhof geführt, konnten noch schnell von unseren Lieben Abschied nehmen und dann ging es los, nach Antwerpen. Dort wurden wir mit verschiedenen anderen Leuten zu einem Ertragszug zusammengeführt. Von dem Feindesland-Straßen wurden wir nach mit der

erfreicht, leider fehlten uns die Geschirre, uns etwas Getränk mitzunehmen. Die Fahrt ging die ganze Nacht hindurch über Geislingen, Göttingen, Bietigheim nach Darmstadt. Hier beladen wir Kaffee mit Butterbrot, was uns sehr gut tat. Mindestens 21 Kaffee habe ich getrunken, um den Durst zu löschen, aber - Bier nicht zu erhalten. Weiter ging die Fahrt über Gr.-Gerau nach Mainz. Um 12 Uhr früh hier angekommen, gab es Morgenessen, Suppe, Fleisch ohne Gemüse, aber - kein Bier. Dann begann eine herrliche Fahrt den deutschen Rhein entlang. Rechts und links des Stromes prächtige Burgen, Weinberge, Eisenbahnen, auf ihm selbst reger Dampferverkehr. Erbach im Rheingau, Geisenheim, Radesheim, Hingen, Koblenz, Ehrenbreitstein, Loreley, Niederwalddenkmal, Drachensfels, Remagen, Bonn sind lebenswerte Punkte. Alle uns geläufigen Rheinlieder wurden begeistert gesungen. Die freundliche Bevölkerung jubelte uns zu. Am 7. Uhr abends kamen wir in Köln an. Hier gab es wieder Kaffee. Weiter ging's nach Aachen, letzte deutsche Station. Dann über die Grenze, in Feindesland. Wir merkten es bald. Durch Scheinwerfer wurde die Gegend, besonders die Luft, abgeleuchtet, um unseren Zug vor unangenehmen Überraschungen, besonders feindlichen Fliegern, zu sichern.

Am 22. früh kamen wir nach Lüttich. Nach Einnahme des Morgenkaffees ging die Fahrt weiter über Löwen nach Antwerpen. Um 10 Uhr dort angekommen, ging es sofort unter Beobachtung durch die Stadt zur St.-Georg-Kaserne. Wenigstens belgische Gefährten schauten uns nach, und da wir noch in unseren Zivilkleidern steckten und unter Beobachtung von Unteroffizieren marschierten, hielten sie uns für Kaffee. Alle Augenblicke erlöste der verwunderliche Ausruf: „Kaffee!“ Bei der Entladung kam ich glücklicherweise mit dem weißen Augsburger Kameraden und auch mit einigen Belgierkollegen in Kontakt von

Hainhofen zur Batterie. (W). Bandst.-Fußart.-Btl.) Zu unserer eigentlichen Kaserne hatten wir nicht mehr weit. Hingegen hatten die anderen Batterien etwa 1/4 Stb. zu gehen, die Batterie sogar nach Gasdunk über vier Stunden. Nachdem wir uns eingerichtet und der Hauptmann alles besichtigt hatte, konnten wir uns endlich zur wohlverdienten und ersehnten Ruhe legen. Auch auf dem Strohsack schlief es sich mit müden Gliedern sehr gut. Nun nach ziemlich drei Monaten haben wir uns in die Verhältnisse ziemlich eingelebt. Unsere Offiziere sind sehr gut, auch unsere Unteroffiziere, besonders unser Wachtmeister. Die Bevölkerung ist ziemlich ruhig geworden. Ueber unseren Fried, unsere Massen, Munition usw. sind selbstverständlich jegliche Mitteilungen verboten. Die Verpflegung ist ziemlich gut, bloß fehlt uns das Bier. Bayern sind halt immer durstig. Das belgische Bier ist nicht gut, dafür aber um so teurer. Die Stadt ist sehr schön. Schöne, gerade Straßen, mit Alleen bepflanzt, geschlossene Bauweise. Wunderbar sind den Hauptbahnhof, der Dopolplatz, der Marktplatz an der Kathedrale, diese selbst, die verschiedenen Kasernenplätze. Zur Kasernen liegen Hunderte von Schiffen seit Kriegsausbruch still. Besonders hervorzuheben ist das deutsche Schiff „Rain“. Seine Ausmaße sind 163 Meter Länge und 24 Meter Breite. Ich habe es vor vierzehn Tagen vollständig besichtigt. Das Personal erzählte mir, daß die Engländer das ganze Schiff ausgeraubt und die Maschinen demoliert hätten. Dann die Schelbe. Sie ist 500 Meter breit, hat Ebbe und Flut, bei der Flut eine Steigung von 6-8 Metern, sehr interessant. Besucht habe ich in meiner freien Zeit ferner den Stadtpark, den Kadigallenpark, den Zoologischen Garten. Hier ein großartiges Aquarium mit Fischen vom kleinsten bis zum größten; alle anderen Kaktusblätter, von der Eidechse bis zum Krokodil, Schildkröten bis 3 Jtr. schwer. Dann

darüber zu halten, wie die Notlage der deutschen Bauarbeiter, hervorgerufen durch die gewaltige Teuerung, behoben oder mindestens gemildert werden kann.

Wir ersuchen den Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, unsern Wünsche Rechnung zu tragen und die baldige Einberufung einer gemeinschaftlichen Sitzung zu veranlassen.

Hochachtungsvoll

Darauf ging zunächst folgende Antwort ein:

Berlin, den 12. Juli 1915.

An den Deutschen Bauarbeiterverband, Hamburg, Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Hamburg, Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Berlin.

Wir bestätigen Ihres gemeinsame Aufschrift vom 7. d. M. Antwort werden wir Ihnen erst im letzten Drittel dieses Monats geben können, da für die Zustimmung oder Ablehnung Ihres Vorschlages unser Gesamtvorstand zuständig ist.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Der Vorsitzende: C. Behrens.

Nachdem nunmehr der Gesamtvorstand des Arbeitgeberbundes sich mit dem Antrag der Arbeiterverbände befaßt hat, ging folgender Bescheid zu:

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, C. B. Geschäftsamt: Berlin S W 11, Bernburger Straße 21.

Berlin, den 28. Juli 1915.

An

den Deutschen Bauarbeiterverband - Hamburg, den Zentralverband der Zimmerer Dtschl. - Hamburg, den Zentralverband Christl. Bauarbeiter - Berlin.

Auf Ihre gemeinsame Aufschrift vom 7. Juli d. J. erwidert Ihnen der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe nach erfolgter Umfrage bei den Vorstandsmitgliedern folgendes:

Der Bundesvorstand ist mit Ihnen der Ansicht, daß die große Steigerung der Lebensmittelpreise, die im Verlaufe des Krieges eingetreten ist, recht schwer auf den Arbeitern des Baugewerbes lastet. Ist doch das Baugewerbe im allgemeinen nicht in der glücklichen Lage, wie so viele andere Industrien, durch den Krieg eine Steigerung der Tätigkeit und damit der Verdienstmöglichkeit zu erfahren, so daß die eingetretene Teuerung kein Gegengewicht in einer vermehrten Produktion findet. In erhöhtem Maße werden aber die Arbeitgeber des Baugewerbes durch den Krieg betroffen. Unter der Lebensmittelteuerung haben diese, von wenigen Wohlhabenden abgesehen, selbstverständlich genau so wie alle Volksgenossen zu leiden. Daneben aber entstanden ihnen ganz ungeheure Betriebskosten; denn die Vahmlegung der Bautätigkeit nahm den Arbeitgebern nicht nur ihren Verdienst, sondern verursachte ihnen durch die Verzinsung ihrer Anlagen usw. ständig wachsende Kosten. Dazu kam die Steigerung aller Baumaterialienpreise, ganz besonders auch die aller Transportkosten, so daß selbst bei den Bauten, die fertiggestellt werden konnten, fast jeglicher Nutzen fortfiel, ja oft sogar mit Verlust gearbeitet wurde.

Der Verlauf des Krieges verschob dieses Bild noch mehr zu Ungunsten der einen Seite. Denn während infolge der wachsenden Einziehungen zum Heeresdienste, sowie anderer Maßnahmen, die Beschäftigungslosigkeit der Arbeiter immer mehr abnahm, so daß nach den Veröffentlichungen Ihrer Verbandszeitungen heute von einer nennenswerten Arbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann, behielt die Einschränkung der Bautätigkeit, unter der am Anfange des Krieges beide

Teile litten, nun für den Arbeitgeber allein ihre volle Wirkung.

Die an verschiedenen Orten in Angriff genommenen staatlichen und kommunalen Bauten konnten allein nicht eine Milderung für die Mehrzahl der Arbeitgeber hervorrufen, da sie weder an Umfang, noch - infolge der Unterbietungen und der Sparsamkeit der Behörden - an Gewinnmöglichkeit die fehlende Privatbautätigkeit auch nur annähernd ersetzen.

Es war unter diesen Umständen für die Arbeitgeber sehr schwierig, überhaupt noch die in den Tarifverträgen festgesetzten Löhne nach Ausbruch des Krieges weiter zu bezahlen. Dennoch blieben die Arbeitgeber bei den Tariflöhnen. Möglich wäre es, solange die Arbeitslosigkeit groß war, gewesen, diese Löhne zu kürzen. Die Arbeitgeber taten es nicht. Sie waren der Überzeugung, daß die getroffenen Ermäßigungen über die Tariflöhne während der Tarifperiode ehrlich gehalten werden müssen.

In dieser Überzeugung wurden nicht nur die Tariflöhne für 1914 durchweg von den Arbeitgebern eingehalten, sondern diese ließen sogar, trotz der geschilderten für sie so mißlichen Lage, die im Verträge vorgesehenen Lohnerhöhungen für 1915 am 1. April ohne alles Sträuben in Kraft treten, obwohl die sich steigenden Einziehungen zum Heeresdienste durchweg die längerden und kräftigen, also tüchtigeren, Arbeiter betrafen, so daß die Arbeit, die von den Schwächeren und Älteren noch zurückbleibenden Arbeitern geleistet werden konnte, von Monat zu Monat weniger den Ansprüchen genigte, die bei der Festsetzung der Tariflöhne als normal zugrunde gelegt worden waren.

Die Arbeitgeber haben damit gezeigt, daß der Gedanke der dauernden Monopolisierung des Arbeitsverhältnisses durch den Tarifvertrag bei ihnen so stark geworden ist, daß dieser Tarifgedanke über das persönliche und wirtschaftliche Interesse ohne weiteres den Sieg davonträgt.

Voraussetzung aber für das Weiterbestehen eines solchen Vertragsverhältnisses und damit für die gedeihliche Entwicklung des Baugewerbes überhaupt ist das beiderseitige gewissenhafte Festhalten am Vertrag.

Daß wir in der Gewährung von Zulagen, die in den Tarifverträgen nicht vorgesehen sind, eine tatsächliche Anschaffung des wichtigsten Teiles der Verträge erkennen, ist Ihnen aus unseren früheren Aufschriften bekannt. Jeder unparteiische Beurteiler wird uns darin recht geben, er wird auch die Versuche Ihrer Partei, einen Unterschied zu machen zwischen einer „Erhöhung der Tariflöhne“ und einer „Gewährung von Teuerungszulagen“, und damit letztere als eine außerhalb des Tarifvertrages stehende Angelegenheit hinzustellen, nicht verstehen. Den unter den Reichstariivertrag und die Vorschläge der Unparteilichen vom 1./7. Mai 1913 fallenden Bauarbeitern stehen für die Tarifdauer ganz bestimmte Löhne zu, die Lohnfrage ist für sie endgültig geregelt. Sie geben ja auch in Ihrer Partei selbst zu, daß Ihre Mitglieder Teuerungszulagen nicht fordern dürfen, etwa unter Androhung der Arbeitsentziehung.

Der Vorstand ist also schon aus formellen Gründen nicht in der Lage, den Mitgliedern des Bundes eine vom Tarifvertrag abweichende Entlohnung der Bauarbeiter zu empfehlen oder zu gestatten.

Es sprechen aber außer der bereits hervorgehobenen gegenwärtigen Notlage der meisten Arbeitgeber auch noch weitere wichtige sachliche Gründe dagegen, Teuerungszulagen zu gewähren. Es würde der Versuch, diese Zulagen auf die Bauherren abzuwälzen, sicher zur Zurückziehung oder Hinanschiebung zahlreicher neuer Aufträge führen und damit den Bestrebungen der Kriegsarbeitsgemeinschaft, durch Behebung der Bautätigkeit die bestehende und kommende Arbeitslosigkeit einzukürzen, entgegen gewirkt werden. Sie werden zugeben müssen, daß es für die Allgemeinheit besser ist, wenn eine möglichst große Zahl von Arbeitern zu einem unter den augenblicklichen Teuerungsverhältnissen mäßigen Lohn noch weiterhin dauernde Beschäftigung findet, als wenn eine infolge der Zurückhaltung neuer Bauaufträge immer kleiner werdende

Zahl mit besseren Löhnen arbeiten kann, die Zahl der Arbeitslosen aber steigt.

Die Behörden verhalten sich, wie unsere Mitglieder wiederholt erfahren haben, fast überall grundsätzlich ablehnend gegen die nachträgliche Milderung von Bauverträgen. Ist ausnahmsweise eine Preiserhöhung bewilligt worden, so war sie zur Deckung der Käufälle meist unzureichend. Das Preussische Kriegsministerium hat uns kürzlich auf die Bitte um Erhöhung von Vertragspreisen für Heeresbauten, die noch während des Friedens übernommen sind und unter normalen Verhältnissen im Jahre 1914 beendet worden wären, nunmehr aber erst nach der Tarifserhöhung am 1. April 1915 fertiggestellt sind, geantwortet: „Im allgemeinen kann in den durch den Krieg veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen ein Grund zur Milderung von den noch vor dem Kriege abgeschlossenen Verträgen zu Ungunsten des Reiches nicht erblickt werden... Eine Milderung von Verträgen kann deshalb nur in ganz besonderen Ausnahmefällen im Guadentwege erfolgen. Andernfalls kommt nur in Frage, dem Unternehmer nach Erfüllung des Vertragsverhältnisses den nachweislich entstandenen Schaden unter Umständen aus Billigkeitsrücksichten zu ersetzen.“

Da also eine Möglichkeit kaum besteht, etwaige Teuerungszulagen auf die Auftraggeber abzuwälzen, die Arbeitgeber in ihrer großen Mehrzahl aber nicht in der Lage sind, aus ihrem durch den Krieg geschmähten Einkommen noch Lohnaufbesserungen zu gewähren, müssen wir Ihren Antrag, mit Ihnen über Bewilligung von Teuerungszulagen zu verhandeln, zu unserem Bedauern ablehnen. Dem lediglich zur Erreichung solcher Zulagen haben Sie wohl die Verhandlungen angesetzt. Wir ersuchen Sie aber erneut, Ihren Mitgliedern nahezu legen, eine Bitte um Gewährung von Teuerungszulagen bei ihren Arbeitgebern nicht zu stellen, da sie bei den obwaltenden Umständen nur zu einer Enttäuschung führen muß.

Daß sich - abgesehen von der Erhöhung der Löhne - die Notlage der einzelnen Volksgenossen, seien es Weibler oder Handarbeiter, etwas mildern läßt, durch Leistung von Mehrarbeit über das sonst übliche Maß hinaus, für Bauarbeiter insbesondere durch Uebernahme von Akkordarbeit in den Tarifgebieten, wo sie zulässig ist, oder durch Leistung von Ueberstunden, wo sich Gelegenheit zu solchen bietet, ist Ihnen ebenso bekannt wie uns. Was weiterhin zur Verringerung der Kosten der Lebenshaltung geschehen kann, muß getan werden. Die Baugewerkschaften haben sich mit Recht öffentlich gegen den Lebensmittelpreiserhöhung gewendet. Auch wir haben die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der wir angehören, veranlaßt, beim Bundesrat vorstellig zu werden, daß durch eine bessere Organisation des Lebensmittelmarktes und durch ein energisches Vorgehen gegen den Lebensmittelpreiserhöhung die Lebensmittelpreise auf eine angemessene Höhe zurückgeführt, jedenfalls weitere Steigerungen unter allen Umständen verhindert werden.

Die jetzige schwere Zeit fordert große Opfer, wie von allen Deutschen, so auch von den baugewerblichen Arbeitgebern und Arbeitern. Wir erwarten, daß die Arbeiter wie wir Arbeitgeber diese Opfer auf sich nehmen, in dem festen Willen, mit uns durchzuhalten in der Hoffnung, daß nach dem Kriege dem deutschen Baugewerbe ein neuer Aufschwung beschieden sein wird.

Hochachtungsvoll

Die Antwort des Arbeitgeberverbandes ist eine runde Absage. Da die Verbandsvorstände sich damit wohl befassen werden, enthalten wir uns vorläufig eines Kommentars.

### Allgemeines

Das Eisene Kreuz erhielten folgende Kollegen: Wilhelm Bien aus Amöneburg, Mitglied der Zahlstelle Essen, Maurer; Franz Zurrlein, Mitglied der Zahlstelle Rimpar; Jos. Meer aus Worbis, Mitglied der Zahlstelle Wodum. Unsern Glückwunsch.

Jos. Lechner †. Am 23. Juli starb der Bezirksleiter Josef Lechner vom Keramik- und Steinarbeiterverband in Regensburg. Eine heftige Lungenentzündung hatte ihn ergriffen, der er in wenigen Tagen erlag. Der Verband verlor in ihm einen lieben Freund und tüchtigen, vrsichtgetreuen Beamten und die Mitglieder im Regensburger Verbandsbezirk einen beliebten Führer. Er war Mitbegründer des Verbandes. Wie war ihm eine Arbeit zuviel, ein Weg zu beschwerlich, eine Mühe zu groß, wenn es galt, seinem Verband, der christlichen Arbeiterbewegung oder einem seiner Mitglieder zu nützen. Möge er ruhen in Frieden!

Geschämige Kartoffelspekulanten. Vor einigen Monaten ging in Berliner Zeitungen das Geschichtchen um: daß ein Großgrundbesitzer ein Kartoffelgeschäft mit der Stadt Berlin getätigt hätte, sich aber später, als die Preise stiegen, seines Vertrages entledigte mit der Begründung: er habe keine Kartoffeln mehr. Als der Kartoffelmarkt aber plötzlich Ueberangebot aufwies, habe er die Erfüllung des Vertrages verlangt, was die Stadt dann selbstverständlich lächelnd ablehnte, da sie sich inzwischen längst anderweitig beholfen hatte. Den „Berliner Neuesten Nachrichten“ hat der frühere Staatsminister von Bobbelski nunmehr folgende Berichtigung zugeandt:

„In der am 28. April 1915 erschienenen Nummer Ihrer Zeitung ist ein Artikel enthalten, der mir erst jetzt zur Kenntnis gekommen ist und der sich mit angeblichen Kartoffelgeschäften meinerseits an den Magistrat Berlin befaßt. Gemäß § 11 des Preßgesetzes eruche ich Sie, die nachstehende Berichtigung der von Ihnen mitgeteilten Tatsachen in der nach Empfang dieses Schreibens nächstfolgenden Nummer Ihrer Zeitung in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form aufzunehmen.“

wohl alle Tierarten der Welt, Strauße, ägyptische Störche, kurzum, was man noch nicht gesehen hat. In kaum einem halben Tag kann man den Garten passieren; Grundfläche 60 Hektar. Zu erwähnen ist auch noch das Museum, eine herrliche Bildergalerie, das Kaufhaus Tiel. Den Stadtverkehr vermitteln 16 Trambahnlinien, alle doppelgleisig. Wir fahren frei, d. h. sechs Mann dürfen in einem Wagen fahren, der siebente muß zahlen oder aussteigen. Da gibt's natürlich allseits Gaudi mit den belgischen Konduktoren. Keiner will der siebente sein, keiner will zahlen und keiner will aussteigen. Die Kirchen sind hier wunderbar schön, besonders die Marienkirche, die St. Pauls-Kirche und die Kathedrale. Im Mai war ich manchen Abend in der Maiandacht. Die eingeseffene Bevölkerung war auch gut vertreten. Die Muttergottes-Altäre waren schön geschmückt. Die schönste Straße führt vom Nord zum Südbahnhof. Sie ist 65 Meter breit, hat vier Trambahnlinien, drei Wagenfahrten, zwei Reit- und vier Fußwege, ist 3/4 Std. lang, dicke Alleen spenden Schatten. Habe eine solche Straße noch nicht gesehen. Die Spuren des Krieges sind in der Umgebung noch sehr gut zu sehen. Bereits Löwen bot uns an den bekannten Stellen ein fürchtbares Bild dessen, was Frankfreureisigkeit verschuldet hatte. Bei unseren Märschen und Felddienübungen haben wir oft Gelegenheit, Kriegsanführungsunterricht zu genießen. Anfang Mai waren wir bei einer Felddienübung drei Stunden von hier, bei Fort 3 und 4. Hier liegt auch ein schönes Städtchen namens Gutepott. Die Bäume auf einem Meter Höhe abgeägt, Drahtverhaue, Schützengraben, Unterstände, wohl 500 Häuser und Villen dem Erdboden gleichgemacht, der Kirchturm zur Hälfte abgeschossen, die Kirche beschädigt. Solche Bilder zeigen die Schrecken des Krieges. In der Nähe liegt ein stiller Feldfriedhof. Die Massengräber sind in Reihen eingeteilt, getrennt unsere deutschen Soldaten, Belgier und Engländer. Auf

manchen Holzkreuzen stehen die Namen der Selben. Die Gräber sind sehr schön in Ordnung gehalten. Unser Hauptmann ließ die Batterie halten, wir durften alles besichtigen und manchen deutschen Namen habe ich gelesen. Ein Vatermörder war unser Abschied. Bewußtsein und Tod sind die Spuren des Krieges. In der kurzen Zeit meines Hierseins habe ich also schon vieles gesehen und erfahren. Doch über die Bevölkerung möchte ich auch noch einige Erfahrungen mitteilen. Die Arbeitslosigkeit ist hier sehr groß. Hunderte der frärgigsten Männer hungern müßig hier in den Straßen herum. Die weibliche Bevölkerung aber läßt in sittlicher und moralischer Beziehung viel zu wünschen übrig. Besonders das Frauen-tum ist zur höchsten Schamlosigkeit übergegangen. Schmutzige Kinder laufen in diesem Sodom herum und nehmen so das Gift ihrer Umgebung in sich auf. Wo bleibt da die Sittenpolizei? Sind das wirklich die Freiheiten, mit denen unsere Gegner die „unfreien“ Deutschen beglücken wollten? Und sind das wirklich die Freiheitsländer, von denen auch bei uns daherein so manche prahlten? Da singen wir doch lieber: Deutschland, Deutschland über alles und: Deutsche Frauen, deutsche Treue!

Nun, liebe Kollegen! Ich grüße Euch alle herzlich und bitte Euch, vergeßt deutsche Arbeit und unsere Organisation nicht. Wecht die Lanen und Fauten auf! Die Finanzgezogenen fordern von Euch, daß Ihr das, was wir seit langen Jahren und durch unermüdliche Arbeit gewonnen haben, erhaltet und noch besser ausbaut, bis wir wieder zurückkehren und unsere geordneten Arbeits- und Organisationsverhältnisse vorzufinden hoffen. Das sei Eure höchste Pflicht, Eure Kriegsarbeit!

Nochmals herzlichen Gruß Euer Freund und Kollege Alois Schneider.

„Es ist unrichtig, daß ich mit dem Berliner Magistrat einen Abschluß auf einen Abruf über ein sehr erhebliches Kartoffelquantum jemals getätigt habe. Vielmehr habe ich niemals Kartoffeln an den Berliner Magistrat verkauft. Es ist deshalb auch unrichtig, daß ich das Lieferungsbegehren des Magistrats mit dem Bescheide „ich hätte keine Kartoffeln“ beantwortet habe, und daß mir eine letzte Frist gesetzt und eine Klage auf Schadenersatz angedroht ist.“

Hochachtungsvoll gez. v. Poddbielsti, Staatsminister.“

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ bemerken dazu: „Wir haben dieser Berichtigung selbstverständlich Aufnahme gewährt. Nach Erkundigung an maßgebender Stelle sind wir belehrt worden, daß das fragliche Kartoffelgeschäft mit einer Aktiengesellschaft für Kartoffelverwertung abgeschlossen wurde, deren Aufsichtsratsvorsitzender und Hauptaktionär Erz v. Poddbielsti ist. Weiter brauchen wir wohl nichts hinzuzufügen.“

**Die Verschlechterung der englischen Handelsbilanz** wird mit der Dauer des Krieges immer größer. Danach ist die englische Einfuhr in den ersten 10 Kriegsmonaten von 646,30 auf 615,94 Millionen Pfund Sterling gefallen, während die Ausfuhr von 436,92 auf 280,79 Millionen gesunken ist. Der Wert des Einfuhrüberschusses, der die Höhe der Verschuldung an das Ausland aus dem Warenverkehr anzeigt, beträgt demnach 335,15 Millionen Pfund Sterling oder 6703 Millionen Mark. Nun hat England auch in normalen Jahren ebenfalls eine passiv Handelsbilanz, aber sie war erheblich niedriger. Und während sonst der Ausgleich auf anderen Wegen sich ziemlich leicht bewerkstelligte, ist dieser Ausgleich im Kriege sehr erschwert, namentlich den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber. Aus dieser Verschuldung resultiert die steigende Gefahr erheblicher Goldentziehungen. — Wer anderen eine Grube gräbt —

**Butterschlachten in Münster i. W.** Wegen der hohen Forderungen der Butterhändler kam es in Münster i. Westf. zu Handgreiflichkeiten. Wir entnehmen darüber der „Rh.-Westf. Zeitung“ vom 21. Juli: „Auf dem Wochenmarkte kam es auch heute wieder zu erregten Auftritten. Bekanntlich hatte der Magistrat am vergangenen Mittwoch die Händler durch ein von der Polizei zugestelltes Schreiben warnen lassen, das Pfund Butter höher als 1,50 M zu verkaufen, da sonst Höchstpreise festgesetzt würden. Während sich heute einige Händler mit dem Preise von 1,50 M begnügten, forderten andere 1,60, 1,65, 1,70 und 1,80 M. Diese wurden von Käufergruppen umringt und es kam zu scharfen Auseinandersetzungen. Die Menge johlte und schrie, und viele Hausfrauen versuchten, die Butter gewaltsam an sich zu reißen und den abgezählten Betrag (1,50 M) auf den Händlertisch zu legen. Im Kampfe um die Ware fielen manche Butterwollen zu Boden und wurden zertreten. Eine Verkäuferin, der besonders arg zugeführt wurde, mußte mit ihrem Butterkorbe dreimal in die nahegelegene Kirche vor der erregten Menge flüchten. Eine andere Händlerin langte „Schweiß- und buttertriefend“ am Bahnhof an. Sie wollte von dem geforderten Preise von 1,80 M unter keinen Umständen abgehen, und zog es vor, den Markt mit unverkaufter Ware alsbald zu verlassen. Und als sie in ihrer Erregung sich zu der Versicherung hinreißen ließ, „dann will ich die Butter lieber wieder mitnehmen und sie zu Hause meinen Schweinen zum Fraße vorsetzen, oder den Franzosen schenken“, da riß einem Herrn der Verdacht, er nahm ihr gewaltsam einige Butterpfunde aus dem Korbe und bewahrt sie damit. Die Geschädigte, deren Gesicht und Kleider mit Butter arg beschmiert waren, wurde zum Geispötte der Menge, die ihr johlend bis zur nächsten Straßenecke das Gefolge gab. — Einen Höchstpreis für Butter hat der Magistrat bis jetzt noch nicht festgesetzt, er dürfte aber unter solchen Umständen halb erfolgen. Dagegen ist inzwischen einwandfrei festgestellt worden, daß der Händler bei einem Verkaufspreis von 1,50 M auf seine Kosten kommen kann; denn der Bauer erhält von dem Händler nur 1,10 M und 1,15 M für das Pfund. Ferner werden an Markttagen die Waren trotz des polizeilichen Verbotes vor den Toren der Stadt und auf dem Bahnsiege massenhaft von den Händlern aufgekauft; die Bauern sind dann ihre Waren bequem losgeworden und brauchen den Markt nicht mehr zu besuchen, die Händler aber schaffen sich dadurch auf dem Wochenmarkt eine Monopolstellung und setzen die Preise willkürlich fest. Ein heute früh nach dieser Richtung hin von Geheimpolitikern vorgenommener Streizug hat überraschende Ergebnisse gezeigt. Der Magistrat will gegen das verbotswidrige Aufkaufen von Lebensmitteln an Markttagen jetzt energisch vorgehen und in Zukunft die Uebersetzung mit sehr empfindlichen Strafen ahnden.“ — In dieser Weise müßte überall vorgegangen werden.

**Der Arbeitsmarkt im Juni 1915**

Auch der Juni hat keine wesentlichen Änderungen in der Lage der meisten Industrien mit sich gebracht. Auch wie vor kann die Beschäftigung im allgemeinen als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Die Abnahme des Geschäftsganges, die in einer Reihe von Gewerben in jedem Sommer einzutreten pflegt, machte sich zwar auch diesmal bemerkbar, doch trat in diesem Jahre die Wirkung dieses Umstandes naturgemäß hinter den Folgen des Krieges zurück. In den meisten Industrien ist wieder die Höhe ihres Anteils an Gesamtbeschäftigung für die Beschäftigten ihrer Beschäftigung zurückgegangen.

Der Kohlenbergbau und die Eisenindustrie sind weiterhin im Vormonat ruhig zu tun und konnten auch geringe Besserung bei beiden Schichtarten erkennen. Die Beschäftigung der Bergleute ist nicht so stark wie im Vorjahr. Auch die Lage der Maschinenindustrie, bei der Männer 96 Arbeitstunde (gegen 99 im Vorjahr) und die Beschäftigung der Bergleute, ebenfalls nicht so stark wie im Vorjahr.

die Fabrikation von Entensmaschinen, hatten viele Aufträge zu erledigen; nur wenige Zweige der Maschinenindustrie, denen es nicht gelungen ist, ihre Betriebe auf Leerstellungen einzurichten, litten unter Mangel an Beschäftigung. In den Spinnstoffgewerben scheint stellenweise infolge verringerter Leerstellungen eine Abminderung des Geschäftsganges eingetreten zu sein. Einen großen Umsatz hatten ebenso wie im Vormonat manche Zweige der Nahrungsmittelindustrie, deren Erzeugnisse von der Heeresverwaltung gebraucht oder als Liebesgaben an die Front gesandt werden, wie z. B. die Bierbrauerei und die Lebensmittelindustrie, sowie diejenigen Unternehmungen, welche die Umschliefungen von Nahrungsmitteln herstellen, wie z. B. die Salz- und Konjervenglasfabriken. Diejenigen Gewerbe, die in großem Umfang auf die Zufuhr angewiesen sind, wie der Kalibergbau und gewisse Zweige der chemischen Industrie, oder die Luxuswaren herstellen, wie die Seidenindustrie, waren naturgemäß weniger gut beschäftigt.

Die Nachweisungen der Frankenkassen ergaben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Juli eine Abnahme der männlichen Beschäftigten dem Anfang des Vormonats gegenüber um 97 807 oder 1,07 v. H., dagegen eine Zunahme der weiblichen Beschäftigten um 12 220 oder 0,84 v. H.; die Gesamtzahl der Beschäftigten hat mithin um 85 587 oder 1,0 v. H. abgenommen. Dieser Rückgang erscheint an sich nicht übermäßig hoch, wenn man damit den Juni des vorigen

im Vormonat). Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes bei den Frauen gegenüber dem Vorjahr eingetreten ist, wird durch die Verbesserung des Arbeitsmarktes bei den Männern mehr als ausgeglichen, so daß im Durchschnitt die Lage des Arbeitsmarktes im Vergleich mit dem Vorjahr günstiger ist.

Nach den Berichten der Arbeitsnachwehverbände ist in einigen Gebieten eine Besserung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vormonat eingetreten. Hierzu gehören Berlin und Brandenburg, Bayern und Württemberg. Eine Besserung der Männer, aber eine Verschlechterung bei den Frauen war festzustellen in Schlesien, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Ueber eine günstige Lage des Arbeitsmarktes wird berichtet aus Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Schaumburg-Lippe. Wenig geändert hat sich die Lage in Pommern, Hamburg, Westfalen, Lippe und Rheinland. Ueber die Lage des Arbeitsmarktes für Frauen lauten die Berichte verschieden. Während aus Westfalen, Rheinland, Bayern, Württemberg und Baden eine Besserung gemeldet wird, war in Schlesien, Sachsen und Schleswig-Holstein eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen. (Reichsarbeitsblatt.)

**Wichtiges von der Feldpost**

In der Aufschrift der Sendungen an Kriegsgefangene im feindlichen Auslande genügt zur Unterbringung der Sendungen neben der Angabe des Namens, Dienstgrades und Bestimmungsortes die Zeichnung der Kompanie (Escadron, Batterie) und des Regiments (selbständigen Bataillons). Weitere Angaben wie sie für Feldpostsendungen vorgeschrieben sind, z. B. Brigade, Division, Armeekorps, denen der Gefangene angehört hat, beeinträchtigen im Auslande die Uebermittlung der Aufschrift und damit die richtige Zustellung der Sendungen an Kriegsgefangene mit solchen weitergehenden Angaben werden von den Postanstalten nicht mehr befördert, sondern den Absendern zurückgegeben.

Die Zahl der Feldpostsendungen ist noch immer im Steigen begriffen. Nach einer am 21. Juni vorgenommenen Zählung sind an diesem Tage aus Deutschland 8,5 Millionen Feldpostbriefsendungen nach dem Feinde abgegangen. Davon waren 5,9 Millionen portofreie Briefe und Postkarten und 2,6 Millionen frankierte Feldpostbriefe und Feldpostpäckchen. Da nach einer Mitte Juni vorgenommenen Ermittlung im Feinde selbst 5,8 Millionen Feldpostbriefsendungen täglich aufgefördert werden, um fast der gesamte Feldpostbriefverkehr täglich 14,3 Millionen Sendungen.

Von den in der Heimat aufgelieferten Feldpostbriefen müssen immer noch täglich gegen 35 000 Sendungen an den Postsammler nach dem Aufgabort zurückgeleitet werden, weil sie völlig mangelhaft adressiert oder falsch verpackt sind, daß sie nicht ins Feld geschickt werden können. Das Publikum wird von neuem ersucht, der richtigen Adressierung und sachgemäßen Verpackung der Feldpostsendungen die größte Sorgfalt zuzuwenden.

Die verschiedenen in letzter Zeit durch die Presse veröffentlichten Hinweise auf die Unzulänglichkeiten, die aus der mangelhaften Verpackung der Feldpostsendungen mit frischem Obst, Butter, Honig usw. entstehen, haben leider bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Noch immer werden Erdbeeren, Mirschel, Honig, Butter usw. in einfachen Papppäckchen, ja sogar in bloßer Papierumhüllung bei den Postanstalten aufgefördert. Bei aller Würdigung der die Absender ohne Zweifel leitenden guten Absicht, die Krieger im Felde mit ihren Gaben zu erfreuen, kann doch nur immer wieder von der Verpackung solcher, Feuchtigkeits abgebenden und überdies leicht verderblichen Lebensmittel während der Sommermonate dringend abgeraten werden, weil bei dem besonderen, für die Front in Betracht kommenden Verhältnissen keine Gewähr dafür besteht, daß die Empfänger die Sachen auch wirklich noch in genießbarem Zustande erhalten. Mindestens aber hat die Verpackung von frischen und auch eingemachten Früchten von Butter, Honig, Marmelade und ähnlichen Waren in Blechbehältern mit festschließenden Deckeln zu erfolgen. Dabei ist auch darauf zu achten, daß die Aufschriften auf den Sendungen haltbar angebracht werden, damit sie nicht unterwegs abfallen und die Sendungen dann verloren gehen.


Bei dieser Gelegenheit sei noch an die ordnungsmäßige Verpackung von Flaschen mit Flüssigkeit erinnert. Bei Verpackung solcher Flaschen muß durch eine genügende Einlage von Baumwolle, Sägespänen oder geeigneten schwammigen Stoffen dafür gesorgt werden, daß der Flascheninhalt beim Schabhaftwerden der Flasche aufgesaugt wird.

Die Postanstalten sind nochmals angewiesen, Feldpostsendungen in unzureichender Verpackung unbedingt zurückzuweisen. Die erfolgte Annahme befreit aber, noch ausdrücklich betont wird, nach den gesetzlichen Bestimmungen die Absender nicht von der Haftung für nachteilige, die für die Postverwaltung durch die mangelhafte Verpackung der Sendungen oder durch die Natur ihrer Inhaltsstoffe entstehen.

**Bekanntmachung**

**Wichtig!**

Unser Verbandslokal befindet sich jetzt Restaurations-Schützenhalle, Kartgasse 19. Telefon 909. Büroaufstunden von 6 bis 8 Uhr nachmittags. Verwaltungsstelle Rassel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

Ludwig Rust.	Zahlstelle Seulingen.
Michael Rübbers aus Biersen.	Verwaltungsstelle Arefeld.
Wilh. Ahlemeyer.	Zahlstelle Herbe.
Gottfried Schreier.	Verwaltungsstelle München.
Joh. Reiner.	Zahlstelle Schleißheim b. München.
Theodor Funhoff.	Zahlstelle Bork i. W.
Hermann Dösch.	Zahlstelle Gossbach.
Theodor Stgen.	Zahlstelle Wegberg.
Peter Saeger.	Zahlstelle Granterath.
Jos. Gasmann.	Zahlstelle Giesel b. Fulda.
August Wehner.	Zahlstelle Gießen b. Fulda.
Josef Lebig aus Fürstenauborn, Kreis Höxter.	
Joh. Meyer aus Bredenborn, Kreis Höxter.	
Herm. Krüll aus Büchne, Kreis Warburg.	Verwaltungsstelle Bochum.
Johannes Busche.	Zahlstelle Garkebt.
Herrmann Busche.	Zahlstelle Detmold.
Wilh. Brinkmann aus Schling.	Zahlstelle Detmold.
Paul Döberich aus Neudorf a. Warthe.	Zahlstelle Recklinghausen.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Durch den Krieg wurden uns bisher 1091 brave Kollegen entziffen.

Jahres vergleicht, der ebenfalls eine Abnahme, und zwar um 0,21 v. H., aufwies, wobei noch zu bedenken ist, daß dieselbe Verhältniszahl bei größeren absoluten Zahlen mehr bedeutet als bei kleineren absoluten Zahlen. Hierzu kommt, daß diese Zahl den Beschäftigungsgrad der Industrie geringer erscheinen läßt, als er in Wirklichkeit ist; denn die in deutschen Fabriken beschäftigten Kriegsgefangenen sind in den Frankenkassenmitgliedern nicht enthalten. Die Zahl der in industriellen Betrieben arbeitenden Männer ist also tatsächlich größer, als diese Statistik erkennen läßt. Die Frauen zeigten im Berichtsmonat in den Mitgliederzahlen der Frankenkassen sogar eine kleine Zunahme, während im gleichen Monat des Vorjahres eine Verminderung eingetreten war.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit, der seit dem ersten Kriegsmonat, August 1914, festgestellt werden kann, hat sich auch im Juni weiter fortgesetzt. Von 998 563 Mitgliedern deutscher Fachverbände, über welche Berichte vorlagen, waren 25 561 oder 2,6 v. H. arbeitslos gegen 2,9 v. H. im Vormonat und 2,5 v. H. im gleichen Vorjahresmonat. Es zeigt sich also, daß in diesem Jahre die Stellenlosigkeit kaum nennenswert höher ist als im vorigen Jahre.

Ebenso wie die Statistik der Arbeiterverbände läßt auch die Statistik der Arbeitsnachweise eine, wenn auch geringe Besserung bei beiden Schichtarten erkennen. Es sind auf 100 offene Stellen im Berichtsmonat 96 Bewerberinnen deutscher Fachverbände (gegen 99 im Vorjahr) und 157 Bewerberinnen (gegen 158